

PRESSEMITTEILUNG

Corona trifft sächsische Kommunalfinanzen hart

Die Corona-Krise traf die sächsischen Städte, Gemeinden und Kreise härter als die anderen ostdeutschen Länder. Der Überschuss ging um zwei Drittel zurück. Nur die umfangreichen Hilfen von Bund und Land verhinderten Defizite. Die Steuern sanken überproportional und der wirtschaftliche Aufholprozess wurde zurückgeworfen.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die sächsischen Kommunen im Jahr 2020 finanziell härter belastet als in den anderen ostdeutschen Ländern. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. In Summe waren die Kommunen zwar das achte Jahr in Folge im Plus. Der Überschuss fiel jedoch um zwei Drittel auf nur noch 130 Millionen Euro. Der Einbruch bei Steuern und Gebühren fiel in Sachsen mit über 600 Millionen Euro höher als im Bundesdurchschnitt aus. Nur durch die Hilfsprogramme von Bund und Land konnten Haushaltskrisen vorerst abgewendet werden. Dennoch stehen die Kommunen vor einer ungewissen Zukunft. Die Steuerkraft bleibt gering und der wirtschaftliche Aufholprozess wurde unterbrochen.

Verluste bei Gewerbesteuer von über 300 Millionen Euro

Bundesweit ist infolge der Corona-Krise vor allem die konjunktursensible Gewerbesteuer gegenüber dem Vorjahreswert um 9 Milliarden Euro eingebrochen. In den sächsischen Gemeinden stand ein Verlust von fast einem Fünftel gegenüber dem Vorjahr. Die Wirtschaftsstruktur ist im Durchschnitt noch immer schwach und somit sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ohnehin gering. Pro Kopf erreichen die sächsischen Gemeinden nur die Hälfte des hessischen Niveaus. „Der Verlust der Gewerbesteuer traf die Gemeinden je nach Unternehmensstruktur sehr unterschiedlich. Leipzig kalkuliert zum Beispiel für 2021 mit 80 Millionen Euro weniger als vor der Krise“, erklärt René Geißler, Professor für öffentliche Verwaltung an der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor des Kommunalen Finanzreports.

Weiter sinkende Hartz-IV-Ausgaben

Die kommunalen Ausgaben für Bedarfsgemeinschaften in Hartz-IV sind in Sachsen im vergangenen Jahr trotz Corona gesunken. Der langfristige Trend ist positiv. Lag Sachsen 2009 mit den pro-Kopf-Ausgaben noch auf Rang 10 der 13 Flächenländer, so verbesserte man sich bis 2020 auf Rang 5. Im Nachbarland Sachsen-Anhalt sind die Ausgaben ein Drittel höher. Lediglich Leipzig ragt mit einer höheren Belastung heraus, liegt jedoch immer noch 20 Prozent unter Halle. „Hartz-IV ist ein Großstadtproblem“, sagt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung. „Leipzigs Belastung ist je Einwohner fast drei Mal höher als jene im Erzgebirgskreis.“

Investitionen hoch, Kassenkredite gering

Die Investitionskraft der sächsischen Kommunen liegt seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt. Nur in Bayern und Baden-Württemberg werden höhere Werte erreicht. Je Einwohner investierten die Kommunen rund die Hälfte mehr als in den Nachbarländern Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. In Sachsen sind solche Kredite quasi unbekannt, während sie im Nachbarland Sachsen-Anhalt über eine Milliarde Euro betragen.

Beispiellose Hilfsprogramme von Bund und Land

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land bereits im Frühjahr 2020 mit beispiellosen Hilfsprogrammen. So erstatteten sie gemeinsam die Ausfälle der Gewerbesteuer. Da die Rezession milder verlief als anfangs geschätzt, wurden die Gemeinden hier gegenüber 2019 sogar leicht überkompensiert in Höhe von circa 10 Millionen Euro.

Der Bund erhöhte ab 2020 und dauerhaft seinen Finanzierungsanteil an den Hartz-IV-Kosten, was die sächsischen Kommunen mit 140 Millionen Euro jährlich entlastet. Für die Stadt Leipzig bedeutet dies jährlich Einsparungen von 30 Millionen Euro, für Dresden 25 und für Chemnitz 10 Millionen Euro.

Darüber hinaus beschloss das Land frühzeitig ein eigenes Programm, gewährte Sonderzuwendungen für Mehrausgaben der Pandemie und erstattete fehlende Kita-Gebühren. Besonders positiv wirken die anteiligen Erstattungen der Steuerverluste 2021 und 2022. Die Kommunen gewinnen hierdurch Planungssicherheit.

Ausblick trübt sich ein

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell relativ unbeschadet überstanden. Spätestens 2022 sind jedoch Defizite wahrscheinlich, da die Ausgaben weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen werden. Dieser Effekt wird die Investitionen dämpfen. Da auch das Land vor finanziellen Engpässen steht, wird der Verteilungskonflikt intensiver.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: **Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030**
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de